

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlin: Seine. Fabrikstr. 1, Düsselberg, Hirschstr. 1, Tel. 127 22. Druck u. Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Vaih. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 42

Düsseldorf, den 17. Oktober 1931

Versandort Krefeld

Ausschusstagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Wirtschafts- und Finanzfragen

Am 5. und 6. Oktober fand im Preussischen Landtag die große Ausschusstagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Sie wurde eingeleitet mit einem Referat des D.G.B.-Geschäftsführers und Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des D.G.B., Dr. Jahn, über „Wirtschafts- und Finanzfragen“.

In der ganzen Welt ist eine Fortsetzung der Krise festzustellen, deren Höhepunkt wir vielleicht erreicht haben. Der ungeheure Preissturz, die gewaltigen Deflationerscheinungen haben zur Zahlungsunfähigkeit zahlreicher Schuldnerländer geführt. Die Schrumpfung der Kredite ist die wichtigste Folge der Deflation. Sie hat die Kreditwirtschaft erschüttert und eine ungeheure Vertrauenskrise hervorgerufen. Die Folgen der Schrumpfung, ja Fortsetzung der Kreditwirtschaft können sehr weittragend sein. Abgesehen von der Schrumpfung des Produktionsumfanges können sie vorübergehend Autarkie erzwingen, da nicht auf Kredit gekauft werden kann, sondern ein primitiver Austausch der Waren stattfinden wird. Das würde die wichtigste Veränderung der Weltwirtschaft seit hundert Jahren bedeuten. Ohne Kredit gibt es keine Weltwirtschaft. Beseitigung der Weltwirtschaft bedeutet aber Schrumpfung.

Dr. Jahn ging dann auf die Tagesprobleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Das Reich hat seine Finanzen im Augenblick ziemlich in Ordnung, wenn man natürlich dabei auch berücksichtigen muß, daß bei weiterer Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit neue Uebererschüsse möglich sind. Wesentlich problematischer ist die Lage der Staatskassen von Ländern und Gemeinden, auch die einseitige Staatsausgleich geschaffen worden ist. Im Vordergrund steht jetzt die Frage der Umschuldung durch Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden. Bedenklich dabei ist die Absicht, die Lasten der öffentlichen Werke an die Schuldentilgung zu binden, so daß sie nicht sinken können. Das steht im Widerspruch zu der sonstigen Deflationspolitik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich für eine Senkung der Hauszinssteuer nur in Verbindung mit einer Senkung der Mieten ausgesprochen. Die Begründung, die einem Abbau der Hauszinssteuer ohne Mietenkürzung gegeben wird, ist sehr fragwürdig, weil trotz evtl. Gewinnung neuer Kreditunterlagen die Kapitalbildung als solche kaum zunimmt.

Besonders bedenklich ist ein Ersatz der Hauszinssteuer durch Umsatzsteuererhöhung. Die damit verbundene Erhöhung der Preise steht im Widerspruch zur Deflationspolitik.

Die Wirtschaftspolitik ist nach wie vor von der Kreditkrise bestimmt. Die Kreditkrise ist eine Vertrauenskrise. Deren Beendigung ist die große Aufgabe, die nur zum Teil im Inland selbst zu lösen ist, da sie eine internationale Erscheinung ist. Innerwirtschaftlich hat die Regierung die Vertrauenskrise zu mildern versucht durch Schaffung der Bankenaufsicht, Teilreform des Aktienrechtes und die Stützung der gefährdeten Banken. Freilich haben diese Maßnahmen keine weitgehenden Wirkungen ausgelöst. Ueber die Bankenaufsicht läßt sich kritisch noch nicht viel sagen, da man noch nicht genau weiß, wie sie praktisch durchgeführt wird. Wie jede Aufsicht, so hat auch die Bankenaufsicht Grenzen. Da man nicht alles vom Funktionieren der Instanzen abhängig machen kann, ist die jetzt gewählte Form besser als die Vorschläge, die von den Sozialdemokraten gemacht worden sind. Problematisch ist die Aktienrechtsreform. Besonders merkwürdig dabei ist die Tatsache, daß die Vorschriften über Publizität und Pflichtrevision noch nicht in Kraft gesetzt sind. Eine Notverordnung, die an sich notwendig ist, tritt selbsterweise erst später in Kraft.

Die Vertrauenskrise in der Welt dauert an. Das Vertrauen der Völker zueinander verschlechtert sich dauernd. Die steigenden Zinsätze in allen Ländern und die Pfundkrise sind ein deutliches Zeichen dafür. Der Hoover-Plan hat uns wohl Entlastung gebracht, aber die sonst mit ihm verknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Wollig offen ist die Frage, was nach dem Ablauf des Jahres und nach dem Ende der Stillhaltungspériode werden soll. Wenn wir keine Verlängerung der Stillhaltung der Auslandsgläubiger erreichen können, dann können wir die Goldwährung kaum aufrechterhalten. Aber Inflation können wir nicht machen, zumal unsere Schulden größtenteils auf Gold- oder Auslandswährung lauten. Die Wirkung der Pfundkrise darf man nicht übersehen, denn in England sind die Löhne tatsächlich höher gewesen. Außerdem liegen die englischen Exportpreise beträchtlich über den deutschen Exportpreisen, so daß wir einen Vorsprung haben.

Dr. Jahn schloß sein Referat mit lohnpolitischen Ausführungen. Er wies auf den großen Umfang der wirk-

lichen Lohnsenkung und das gesunkene Realeinkommen hin, das auch durch Kurzarbeit beeinträchtigt wird. Zu dem Vorschlag, Lohnsenkung mit der Verpflichtung für Mehreinstellung von Arbeitern zu verbinden, bemerkte er, daß man den betreffenden Unternehmungen nicht auch die Konjunktur für ihre Mehrproduktion liefern könne. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß man durch Lohnabbau erhöhten Umsatz schaffen kann. Wenn die Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit anhält, dann tritt die Frage, wie man Beschäftigung für die Menschen schaffen kann, stark in den Vordergrund (40-Stundenwoche, Krümper-System und Erwerbslosenbildung). Ein Versuch des Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist nicht möglich, wenn die Unternehmer derart radikale Forderungen aufstellen, wie sie das in ihrer letzten Rundgebung getan haben.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hg. J. m. b. u., begrüßte sodann den inzwischen erschienenen Reichskanzler Dr. Brüning und betonte, dieses

Christliche Gewerkschaften und Sozialpolitik

In der Berichtszeit beherrschte uns die Sorge um die Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts der Arbeitsunfähigen und der Arbeitslosen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt naturgemäß Schwierigkeiten für die Betriebe mit sich. Viel stärker als diese Unbequemlichkeit hinderte die Arbeitgeber aber wohl die Ueberlegung, daß

denjenigen den Lohnabbau aus anderen Gründen hindern würde. So kam es wohl zu vielen Einzelovereinbarungen über Verkürzung der Arbeitszeit, aber Durchgreifendes auf diesem Gebiete ist trotz langer Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium nicht geschehen. Die außerordentliche Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung führte zu dem Versuch, bei der Krankenversicherung eine Senkung der Lasten herbeizuführen. Die Krankenschuld und Beteiligung an den Kosten der Medikamente wird allein von den Arbeitnehmern bezahlt. Die Beiträge sind zwar gesenkt worden, es ist aber nicht gelungen, die Kosten der ärztlichen Behandlung in dem erwarteten Maß zu verringern.

Die Angriffe der Arbeitgeber auf die Unfallversicherung konnten bisher abgewehrt werden. Geradezu bedauernd ist die Lage der Rentenversicherung. In der Invalidenversicherung haben sechs Beitragszahler für eine Vollrente aufzukommen, in der kna p p f a s t l i c h e n Versicherung sogar eineinhalb bis zwei Beitragszahler für eine Vollrente. Die Angestelltenversicherung ist finanziell noch gesund. In ihr kommt — vorläufig — erst auf 18 bis 19 Beitragszahler eine Vollrente. Eine Neuregelung der Wanderversicherung wird erstrebt, und es erscheint angezeigt, hier einen Weg zu suchen, der Arbeitern und Angestellten in gleicher Weise gerecht wird. Die Ursachen der Notlage der Invalidenversicherung liegen aber viel tiefer, als daß sie durch eine Neuregelung der Wanderversicherung behoben werden könnten.

Die drückendste Gegenwartsfrage ist, das Meer der Arbeitslosen am Leben zu erhalten.

Die Erhöhung der Beiträge sollte im Verein mit einer mehrfachen erheblichen Kürzung der Leistungen den Finanzausgleich in der Arbeitslosenversicherung herstellen. Während man im Jahre 1929 noch mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand für den Unterstützungsempfänger von rund 81 M. gerechnet hat, war der Anfall für das Jahr 1930 nur noch 76 M. Der tatsächliche Aufwand betrug noch weniger, nämlich 74,11 M., und gegenwärtig rechnet man mit einem Durchschnittsaufwand von 58 M.

Eine neue Notverordnung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung steht bevor. Besondere Härten der letzten Notverordnung sollen darin ausgeglichen werden. Sicher ist, daß die sogenannten Schikaneparagraphen, die Rückzahlungspflicht der Krisenunterstützung, die Mieteüberweisung an den Hauswirt und bezugslos zu werden. Der Angriff auf die Versicherung der Heimarbeiter ist aufgehalten. Die Abwälzung der Lasten von der Versicherung führt zwangsläufig zu einer stärkeren Inanspruchnahme der erweiterten Fürsorge und damit zu einer Belastung von deren Trägern. Nicht gelungen ist es, eine Zusammenfassung der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung zu erreichen. Der letzte Grund, der die Zusammenlegung beider Fürsorgezweige hindert, dürfte in einem der berühmten Zuständigkeitsstreite zu suchen sein. Die Wohlfahrtsunterstützung wird von den Gemeinden durchgeführt und untersteht damit der Aufsicht der Länder. Die Krisenunterstützung wird von den Arbeitsämtern verwaltet und untersteht damit der Aufsicht des Reichs. Die Kurzarbeiterunterstützung ist auf eine völlig

Erscheinen beweiße, daß der Reichskanzler sich noch mit der Bewegung verbunden fühle. Hg. J. m. b. u. bemerkte, daß diese Verbundenheit in der heutigen Zeit auch eine Belastung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung darstellt, zumal, wenn Erfolge, die auch der Arbeit des D.G.B. zu verdanken sind, nach außen als Zugeständnisse an die Sozialdemokratie erscheinen. Auf dem bisherigen Wege geht es nicht weiter. Die Unternehmer sind nicht zu befriedigen, auch wenn man ihnen noch so weit entgegenkommt. Sie wollen uns in einen Zustand zurückwerfen, den sich die Arbeiterschaft nicht gefallen läßt. Gegenüber den radikalen Unternehmerforderungen gibt es nur ein wirksames Abwehrmittel: kein Entgegenkommen! Heute werden die radikalen Unternehmer allmählich eine Gefahr für den Staat, der man entgegenzutreten muß. Wir wollen keinen Zusammenbruch. Deshalb ist Abkehr vom bisherigen Wege notwendig. Wir wollen nur Gerechtigkeit.

Sodann machte Reichskanzler Dr. Brüning längere Ausführungen über die wirtschaftliche und politische Lage. Fr. W. i. e. n. e. k. berichtete darauf über die sozialpolitischen Gegenwartsfragen:

neue Grundlage gestellt worden. Man hat besondere Unterstützungssätze festgesetzt und mit Erfolg versucht, zahlreiche Spitzendigkeiten der Gesetzgebung auszugleichen.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat keineswegs in dem Maße zugenommen, wie es die Entwicklung des Arbeitsmarktes mißverständlich gemacht hätte. Die Schaltung wird durch die Entwicklung gerechtfertigt. Subventionswünsche lauten trotz Ablehnung immer wieder auf.

Die Sicherung der Unterstützungsleistung für den Winter ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist nicht sicher zu schätzen. Allzu große Schwarzmalerei ist gefährlich. Die Arbeitslosenversicherung wird voraussichtlich auch mit den jetzigen Beiträgen nicht ausreichen. Die Arbeitnehmer haben es abgelehnt, eine Senkung der Unterstützungsätze in der Versicherung auf die Höhe der Krisenfürsorge vorzunehmen und sind damit durchgedrungen. Die Arbeitgeber verlangten diese Herabsetzung. Nicht weigern konnten sich die Arbeitnehmer, die Unterstützungsauerer in der Versicherung zu verharzen. Die Krisenunterstützung muß insoweit eher und länger eintreten.

Der Vorstand der Reichsanstalt hat eine Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen beschlossen, dabei aber nicht nur Unbedenklichkeiten ausgeglichen, sondern weitreichende Änderungen vorgenommen. Er will — gegen die Arbeitnehmer — das jetzige Nebeneinander von Vorstand und Verwaltungsrat beseitigen und durch eine gemeinsame Neuregelung ersetzen, nach der die Vorstandsmitglieder gleichzeitig Mitglieder des Verwaltungsrats sein sollen. Bald sollen sie einen selbständigen Vorstand, bald einen Unterstützungsausschuß des Verwaltungsrats darstellen. Es bleibt abzuwarten, ob Reichsregierung und Reichsrat gegen die unterschiedene Stellungnahme der Arbeitnehmer diese Änderung vornehmen.

Nimmt man alles zusammen, dann haben wir ein großes Stück Arbeit geleistet und noch zu leisten. Sie wurde beherrscht von dem Gedanken, dem Menschen den ihm gebührenden Platz zu erhalten und ihn nicht mit Sachgütern gleichzustellen. Das Vorrecht des Menschen vor der Sache zu behaupten, wird auch in Zukunft unsere Aufgabe sein.

In der anschließenden Aussprache wurde von den Rednern der verschiedenen Berufsverbände eingehend zu den gehaltenen Referaten, insbesondere aber zur gegenwärtigen sozialpolitischen Lage Stellung genommen. Scharfe Ablehnung fanden die Bestrebungen radikaler Unternehmungskreise, die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft zu benützen. Entschieden wurde dabei Stellung genommen insbesondere auch gegen die Tarifauflockerungsbestrebungen der Arbeitgeber und gegen die Inflationsbestrebungen gewisser Kreise in der Wirtschaft. Mit Nachdruck wurde von den Rednern betont, daß nur dann eine Ueberwindung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsnot möglich sei, wenn dieselbe in gleicher Weise von allen Kreisen getragen werde. Eine einseitige Ueberlastung der Arbeiterschaft aber widerspricht diesem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

Während der Aussprache erschien Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, dem Vorsitzenden mit herzlichem Danke für sein Kommen begrüßt. Ebenso wie den Reichskanzler machte J. m. b. u. auch den Reichsarbeitsminister mit erstem Nachdruck auf die gegenwärtige Notlage der

Kettet den Sonntag!

Die Art an die Wurzel der abendländischen Kultur! Wie in der Zeitung „Der Deutsche“, dem Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften...

Das Arbeitslosenproblem!

Ein junger Kollege schreibt uns: Ueber das Arbeitslosen- und Wirtschaftsprblem wird viel geredet und geschrieben. Auf den Straßen und in Versammlungen, auf Tagungen und Kongressen ist es eines der aktuellsten und wichtigsten Themen...

Und das Ergebnis in der Wirklichkeit? — Was nützt uns Arbeitslosen dieses alles, wenn die Tat nicht folgt und das Hebel bei der Wurzel gefaßt nicht wird?...

Koch immer mehr hat sich dagegen der Kapitalismus. Dieses System, das in seiner eigenen Schwäche und Not nach des Reiches Hilfe und Samierung ruft...

Berichte aus den Ortsgruppen

Am Samstag, dem 12. September 1931, ward uns Gelegenheit, die Stimmungen der Stadt Wachen zu befröhen. Im Laufe des Abends hatte sich über Wachen eine größere Anzahl Teilnehmer eingefunden...

ken legen sich die im Wasser noch befindlichen Schmutzteile ab. Im weiteren Laufe dient nun das vollständig wieder gereinigte Wasser in einem großen Rhythisch Hunderten von Korpien als Aufenthalt. Von dort wird es wieder dem Baum-

Anzath. Einen Jugend- und Jubilareabend veranstaltete am Sonntag, dem 13. September, die Ortsgruppe Anzath.

Der männlichen Jugendgruppe war es in der vergangenen Werbeperiode gelungen, das Bezirksbanner zu erwerben. Aus diesem Anlaß und zwecks Ueberreichung des Banners...

Am Freitag, dem 10. September, wurde die Jubilarefeier im Saal des Gasthaus zum Löwen in Wachen abgehalten. Drei weitere Kollegen, Dabinger, Wilms und Püttmann, konnten auf eine 25-jährige Mitgliedschaft zurückblicken...



- Du Armer! Als Einzelner anklopfend, wirst Du verschlossene Türen und Herzen finden und mußt Dich überzeugen lassen, daß nur einer es gut mit Dir meint - Dein Verband!

Gemeinschaftliche Lieder, zwei gut gesprochene Prologe und das Heiterliche „Im Strudel der Großstadt“ bildeten den Schluß des Abends...

Humbach. Am 12. Mai 1931 waren es 25 Jahre, seitdem eine flandrische Anzahl Arbeiter der Spinnerei Humbach, Seiden- und Wollweberei Zell die heutige Ortsgruppe gründete.

Es fand dies die Kollegen Joh. Seberle, Fridolin Frik und Kolleginnen Frau Emilie Keller, Theresia Kummerer, Maria Ruf und Marie Wagner.

Bezirkssekretär Kollege Mayer ergriß nun das Wort, beglückwünschte die Gemeinheitskameraden, auch im Namen der Bezirksleitung und des Zentralverbandes...

Oberachern. Am 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, versammelten sich die christlich organisierten Textilarbeiter der Ortsgruppe Oberachern im Gasthaus zum Rothoch in Oberachern...

den, Kollegen Karl Kern, Oberachern, eröffnet. Einleitend gab er einen kurzen Überblick über die Notwendigkeit der Organisation und deren Aufgaben. Ferner übergab er dem Kollegen Engelmann, Ettlingen, das Wort. Derselbe schilderte in klaren Worten die wirtschaftlichen und lohnpolitischen Verhältnisse...

Wäge der gewerkschaftliche Geist der Textilarbeiter des Hochtales weiter wachsen und gedeihen zum Wohle der christlich organisierten Arbeiterkraft!

Bierfen. Am Dienstag, dem 15. September, hatten sich der Vorstand, die Betriebsräte und Vertrauensleute der Ortsgruppe im Lokale Walsdorf zu einer wichtigen Konferenz zusammengefunden.

Der gute Besuch gab Zeugnis davon, daß unter der Mitgliedschaft ein einiger starker Wille herrscht. Nach einem Referat über die augenblicklichen Vorgänge in der Textilindustrie...

Mit Entrüstung wurde das Ansinnen der Arbeitgeber, der Arbeiterkraft weitere Lasten aufzuerlegen, die ihnen schon bis zum äußersten eingeschränkten Lebensstandard noch mehr zuzuschrauben, zurückgewiesen.

Murg und Säckingen. Jubiläumfeier. Zum 30. beim 25jährigen Bestehen hatten sich die Ortsgruppen Murg und Säckingen am Sonntag, dem 6. September, zur gemeinsamen Feier versammelt. Trotz schlechtem Wetter fuhr eine große Schaar mittelst Höhenwagen zu dem im Bau befindlichen Werk...

† Sterbetafel †

- Hilf. Bedmann, Waghorn, 19 J. - Frau Maria Gaud, Waghorn, 43 J. - Berend Jan Heffelsink, Nordhorn, 25 J. - Babette Waldleitner, Rohrborn, 69 J. - Theresia Wigger, Jockelmaier, 20 J. - Georg Epping, Hagen, 45 J. - Joh. Meulenbrock, Gronau, 65 J. - Arnold Dreier, Jollenbeck, 26 J. - Christian Petreba, Forst, 72 J. - Seem. Bugata, Forst, 80 J. - Ernst Hajdan, Forst, 68 J.

Ruhet in Frieden!

Bekanntmachung

Ab 3. Oktober befindet sich die Geschäftsstelle unseres Verbandes Schillerplatz 14.

Inhaltsverzeichnis

- Artikel: Murg und Waghorn. - Die deutsche Textilindustrie in der Krise. - Erläuterungserlag der Reichsanstalt zur Arbeiterunterstützung. - Auswirkungen der Notverordnung. - Die Jugend in der Erwerbslosensicherung. - Lieble Stimmungsmaße. - Professorenweisheit. - Zum Zusammenbruch des Blumenfestskongresses. - Neue Lohnauforderungen der Textilindustriellen. - Kettet den Sonntag! - Das Arbeitslosenproblem! - Fertilisation: Forst, Stadt der Tat. - Allgemeine Kundgebung. - Berichte aus den Ortsgruppen: Wachen, Anzath, Humbach, Oberachern, Bierfen, Murg und Säckingen. - Sterbetafel. - Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Klomstr. 7

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Seine Jahrbuch, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Thoen, Aachen, Reichstr. 62, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—

Nummer 42

Düsseldorf, den 17. Oktober 1931

Verbandort Aachen

Ausschußtagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Wirtschafts- und Finanzfragen

Am 5. und 6. Oktober fand im Preussischen Landtag die große Ausschußtagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Sie wurde eingeleitet mit einem Referat des D.G.B.-Geschäftsführers und Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des D.G.B., Dr. Jahn, über „Wirtschafts- und Finanzfragen“.

In der ganzen Welt ist eine Fortsetzung der Krise festzustellen, deren Höhepunkt wir vielleicht erreicht haben. Der ungeheure Preissturz, die gewaltigen Deflationerscheinungen haben zur Zahlungsunfähigkeit zahlreicher Schuldnerländer geführt. Die Schrumpfung der Kredite ist die wichtigste Folge der Deflation. Sie hat die Kreditwirtschaft erschüttert und eine ungeheure Vertrauenskrise hervorgerufen. Die Folgen der Schrumpfung, ja Zerstörung der Kreditwirtschaft können sehr weittragend sein. Abgesehen von der Schrumpfung des Produktionsumfanges können sie vorübergehend Autarkie erzwingen, da nicht auf Kredit gekauft werden kann, sondern ein primitiver Austausch der Waren stattfinden wird. Das würde die wichtigste Veränderung der Weltwirtschaft seit hundert Jahren bedeuten. Ohne Kredit gibt es keine Weltwirtschaft. Beseitigung der Weltwirtschaft bedeutet aber Schrumpfung.

Dr. Jahn ging dann auf die Tagesprobleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Das Reich hat seine Finanzen im Augenblick ziemlich in Ordnung, wenn man natürlich dabei auch berücksichtigen muß, daß bei weiterer Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit neue Ueberforderungen möglich sind. Wesentlich problematischer ist die Lage der Staatskassen. Die Einnahmen sind durch die einseitige Staatsausgleich geschwächt worden. Im Vordergrund steht jetzt die Frage der Umschuldung durch Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden. Bedenklich dabei ist die Absicht, die Tarife der öffentlichen Werke an die Schuldentilgung zu binden, so daß sie nicht sinken können. Das steht im Widerspruch zu der sonstigen Deflationspolitik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich für eine Senkung der Hauszinssteuer nur in Verbindung mit einer Senkung der Mieten ausgesprochen. Die Begründung, die einem Abbau der Hauszinssteuer ohne Mietenkürzung gegeben wird, ist sehr fragwürdig, weil trotz evtl. Gewinnung neuer Kreditunterlagen die Kapitalbildung als solche kaum zunimmt.

Besonders bedenklich ist ein Ersatz der Hauszinssteuer durch Umsatzsteuererhöhung. Die damit verbundene Erhöhung der Preise steht im Widerspruch zur Deflationspolitik.

Die Wirtschaftspolitik ist nach wie vor von der Kreditkrise bestimmt. Die Kreditkrise ist eine Vertrauenskrise. Deren Beendigung ist die große Aufgabe, die nur zum Teil im Inland selbst zu lösen ist, da sie eine internationale Erscheinung ist. Innerwirtschaftlich hat die Regierung die Vertrauenskrise zu mildern versucht durch Schaffung der Bankenaufsicht, Teilreform des Aktienrechtes und die Stützung der gefährdeten Banken. Freilich haben diese Maßnahmen keine weitgehenden Wirkungen ausgelöst. Ueber die Bankenaufsicht läßt sich kritisch noch nicht viel sagen, da man noch nicht genau weiß, wie sie praktisch durchgeführt wird. Wie jede Aufsicht, so hat auch die Bankenaufsicht Grenzen. Da man nicht alles vom Funktionieren der Institutionen abhängig machen kann, ist die jetzt gewählte Form besser als die Vorschläge, die von den Sozialdemokraten gemacht worden sind. Problematisch ist die Aktienrechtsreform. Besonders merkwürdig dabei ist die Tatsache, daß die Vorschriften über Publizität und Pflichtrevision noch nicht in Kraft gesetzt sind. Eine Notverordnung, die an sich notwendig ist, tritt selbstverständlich erst später in Kraft.

Die Vertrauenskrise in der Welt dauert an. Das Vertrauen der Völker zueinander verflüchtigt sich dauernd. Die steigenden Zinssätze in allen Ländern und die Pfundkrise sind ein deutliches Zeichen dafür. Der Hoover-Plan hat uns wohl Entlastung gebracht, aber die sonst mit ihm verknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Völlig offen ist die Frage, was nach dem Ablauf des Reichjahres und nach dem Ende der Stillhaltungsperiode werden soll. Wenn wir keine Verlängerung der Stillhaltung der Auslandsgläubiger erreichen können, dann können wir die Goldwährung kaum aufrechterhalten. Aber Inflation können wir nicht machen, zumal unsere Schulden größtenteils auf Gold- oder Auslandswährung lauten. Die Wirkung der Pfundkrise darf man nicht übertreiben, denn in England sind die Löhne tatsächlich bisher stark gefallen. Außerdem liegen die englischen Exportpreise beträchtlich über den deutschen Exportpreisen, so daß wir einen Vorsprung haben.

Dr. Jahn schloß sein Referat mit lohnpolitischen Ausführungen. Er wies auf den großen Umfang der wirt-

lichen Lohnsenkung und das gesunkene Realeinkommen hin, das auch durch Kurzarbeit beeinträchtigt wird. Zu dem Vorschlag, Lohnsenkung mit der Verpflichtung für Mehrreinstellung von Arbeitern zu verbinden, bemerkte er, daß man den betreffenden Unternehmungen nicht auch die Konjunktur für ihre Mehrproduktion liefern könne. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß man durch Lohnabbau erhöhten Umsatz schaffen kann. Wenn die Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit anhält, dann tritt die Frage, wie man Beschäftigung für die Menschen schaffen kann, stark in den Vordergrund (40-Stundenwoche, Krümpersystem und Erwerbslosenlösung). Ein Versuch des Interessenausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist nicht möglich, wenn die Unternehmer derart radikale Forderungen aufstellen, wie sie das in ihrer letzten Rundgebung getan haben.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Abg. Jmbusch, begrüßte sodann den inzwischen erschienenen Reichskanzler Dr. Brüning und betonte, dieses

Erscheinen beweise, daß der Reichskanzler sich noch mit der Bewegung verbunden fühle. Abg. Jmbusch bemerkte, daß diese Verbundenheit in der heutigen Zeit auch eine Belastung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung darstellt, zumal, wenn Erfolge, die auch der Arbeit des D.G.B. zu verdanken sind, nach außen als Zugeständnisse an die Sozialdemokratie erscheinen. Auf dem bisherigen Wege geht es nicht weiter. Die Unternehmer sind nicht zu bestechen, auch wenn man ihnen noch so weit entgegenkommt. Sie wollen uns in einen Zustand zurückwerfen, den sich die Arbeiterschaft nicht gefallen läßt. Gegenüber den radikalen Unternehmerforderungen gibt es nur ein wirksames Abwehrmittel: kein Entgegenkommen! Heute werden die radikalen Unternehmer allmählich eine Gefahr für den Staat, der man entgegen treten muß. Wir wollen keinen Zusammenbruch. Deshalb ist Abkehr vom bisherigen Wege notwendig. Wir wollen nur Gerechtigkeit.

Sodann machte Reichskanzler Dr. Brüning längere Ausführungen über die wirtschaftliche und politische Lage. Fr. Meinek berichtete darauf über die sozialpolitischen Gegenwartsfragen.

Christliche Gewerkschaften und Sozialpolitik

In der Berichtszeit beherzichte uns die Sorge um die Sicherung des notdürftigen Lebensunterhalts der Arbeitslosen und der Arbeitslosen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt naturgemäß Schwierigkeiten für die Betriebe mit sich. Viel stärker als diese Unbequemlichkeit hinderte die Arbeitgeber aber wohl die Ueberlegung, daß eine mit Lohnsenkung verbundene Verringerung der Arbeitszeit den Lohnabbau aus anderen Gründen hindern würde. So kam es wohl zu vielen Einzelvereinbarungen über Verkürzung der Arbeitszeit, aber Durchgreifendes auf diesem Gebiete ist trotz langer Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium nicht geschehen. Die außerordentliche Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung führte zu dem Versuch, bei der Krankenvversicherung eine Senkung der Lasten herbeizuführen. Die Krankenscheingebühr und Beteiligung an den Kosten der Medikamente wird allein von den Arbeitnehmern bezahlt. Die Beiträge sind zwar gesenkt worden, es ist aber nicht gelungen, die Kosten der ärztlichen Behandlung in dem erwarteten Maß zu verringern.

Die Angriffe der Arbeitgeber auf die Unfallversicherung konnten bisher abgewehrt werden. Geradezu beängstigend ist die Lage der Rentenversicherung. In der Invalidenversicherung haben sechs Beitragszahler für eine Vollrente aufzukommen, in der knappschaftlichen Versicherung sogar eineinhalb bis zwei Beitragszahler für eine Vollrente. Die Angestelltenversicherung ist finanziell noch gesünder. In ihr kommt — vorläufig — erst auf 18 bis 19 Beitragszahler eine Vollrente. Eine Neuregelung der Wanderversicherung wird erstrebt, und es erscheint angezeigt, hier einen Weg zu suchen, der Arbeitern und Angestellten in gleicher Weise gerecht wird. Die Ursachen der Notlage der Invalidenversicherung liegen aber viel tiefer, als daß sie durch eine Neuregelung der Wanderversicherung behoben werden könnten.

Die drückendste Gegenwartsfrage ist, das Heer der Arbeitslosen am Leben zu erhalten.

Die Erhöhung der Beiträge sollte im Verein mit einer mehrfachen erheblichen Kürzung der Leistungen den Finanzgleichgewicht in der Arbeitslosenversicherung herstellen. Während man im Jahre 1929 noch mit einem durchschnittlichen Monatsaufwand für den Unterstützungsempfänger von rund 81 M. gerechnet hat, war der Anstoß für das Jahr 1930 nur noch 76 M. Der tatsächliche Aufwand beträgt noch weniger, nämlich 74,1 M., und gegenwärtig rechnet man mit einem Durchschnittsaufwand von 58 M.

Eine neue Notverordnung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung steht bevor. Besondere Härten der letzten Notverordnung sollen darin ausgeglichen werden. Sicher ist, daß die sogenannten Schikaneparagraphen, die Rückzahlungspflicht der Krisenunterstützung, die Mieteüberweisung an den Hauswirt und dergleichen fallen werden. Der Angriff auf die Versicherung der Hausarbeiter ist aufgehoben. Die Abwälzung der Kosten von der Versicherung führt zwangsläufig zu einer stärkeren Inanspruchnahme der erweiterten Fürsorge und damit zu einer Belastung von deren Trägern. Nicht gelungen ist es, eine Zusammenfassung der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung zu erreichen. Der letzte Grund, der die Zusammenlegung beider Fürsorgezweige hindert, dürfte in einem der berühmten Zuständigkeitsstreite zu suchen sein. Die Wohlfahrtsunterstützung wird von den Gemeinden durchgeführt und untersteht damit der Aufsicht der Länder. Die Krisenunterstützung wird von den Arbeitsämtern verwaltet und untersteht damit der Aufsicht des Reiches. Die Kurzarbeiterunterstützung ist auf eine völlig

neue Grundlage gestellt worden. Man hat besondere Unterstützungssätze festgesetzt und mit Erfolg versucht, zahlreiche Spitzfindigkeiten der Gesetzgebung auszugleichen.

Die Zahl der Notstandsarbeiter hat keineswegs in dem Maße zugenommen, wie es die Entwicklung des Arbeitsmarktes mühsenswert gemacht hätte. Die Arbeitslosen sind gedrängt worden. Unsere Forderung auf ihre völlige Ausschaltung wird durch die Entwicklung gerechtfertigt. Subventionen wünschenswert, trotz Ablehnung immer wieder auf.

Die Sicherung der Unterstüßungsleistung für den Winter ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist nicht sicher zu schätzen. Allzu große Schwarzmalerei ist gefährlich. Die Arbeitslosenversicherung wird voraussichtlich auch mit den jetzigen Beiträgen nicht ausreichen. Die Arbeitnehmer haben es abgelehnt, eine Senkung der Unterstützungssätze in der Versicherung auf die Höhe der Krisenfürsorge vorzunehmen und sind damit durchgefallen. Die Arbeitgeber verlangen diese Herabsetzung. Nicht weigern konnten sich die Arbeitnehmer, die Unterstützungsdauer in der Versicherung zu verkürzen. Die Krisenunterstützung muß infolgedessen eher und länger eintreten.

Der Vorstand der Reichsanstalt hat eine Reihe von Vereinfachungsmaßnahmen beschloffen, dabei aber nicht nur Unebenheiten ausgeglichen, sondern weitgreifende Änderungen vorgenommen. Er will — gegen die Arbeitnehmer — das jetzige Nebeneinander von Vorstand und Verwaltungsrat beseitigen und durch eine gezwungene Neuregelung ersetzen, nach der die Vorstandsmitglieder gleichzeitig Mitglieder des Verwaltungsrats sein sollen. Bald sollen sie einen selbständigen Vorstand, bald einen Unterausschuß des Verwaltungsrats darstellen. Es bleibt abzuwarten, ob Reichsregierung und Reichsrat gegen die entschiedene Stellungnahme der Arbeitnehmer diese Veränderung vornehmen.

Kimmt man alles zusammen, dann haben wir ein großes Stück Arbeit geleistet und noch zu leisten. Sie wurde beherrscht von dem Gedanken, dem Menschen den ihm gebührenden Platz zu erhalten und ihn nicht mit Schültern gleichzustellen. Das Vorrecht des Menschen vor der Sache zu behaupten, wird auch in Zukunft unsere Aufgabe sein.

In der anschließenden Aussprache wurde von den Rednern der verschiedenen Berufsverbände eingehend zu den gehaltenen Referaten, insbesondere aber zur gegenwärtigen sozialpolitischen Lage Stellung genommen. Scharfe Ablehnung fanden die Bestrebungen radikaler Unternehmerkreise, die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Not zu einer weiteren Verschärfung der Lage der Arbeiterschaft zu benutzen. Entschieden wurde dabei Stellung genommen insbesondere auch gegen die Tarifauflöserbestrebungen der Arbeitgeber und gegen die Inflationsbestrebungen gewisser Kreise in der Wirtschaft. Mit Nachdruck wurde von den Rednern betont, daß nur dann eine Ueberwindung der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftsnote möglich sei, wenn dieselbe in gleicher Weise von allen Kreisen getragen werde. Eine einseitige Ueberlastung der Arbeiterschaft aber widerspricht diesem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

Während der Aussprache erschien Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, vom Vorsitzenden mit herzlichem Danke für sein Kommen begrüßt. Ebenso wie den Reichskanzler machte Jmbusch auch den Reichsarbeitsminister mit erstem Nachdruck auf die gegenwärtige Notlage der

Arbeiterchaft aufmerksam. Er fasste die Meinung der vorausgegangenen Reden und den Standpunkt der Arbeitnehmerschaft überhaupt zusammen in dem Hinweis darauf, dass die Grenze des Erträglichsten in der Belastung der Arbeitnehmerschaft erreicht ist. Stärker als bisher müsse bei den künftigen Maßnahmen der Reichsregierung, deren Notwendigkeit er sich nicht verschließen, der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit gemahnt werden.

Die Politik des Arbeitsministeriums

Darauf nahm Minister Stegerwald das Wort und führte etwa folgendes aus: Ihm sei wohl bekannt, dass eine Reihe von Maßnahmen, die er als Reichsarbeitsminister verantworten müsse, von den Arbeitnehmern nicht verstanden würden. Als ehemaliger Gewerkschaftsführer erwarteten sie von ihm Gewerkschaftspolitik. Er wäre glücklich, wenn die vorhandenen Mittel es ihm gestatten würden, die Rechte der Arbeitnehmer weiter zu wahren und ihren Lebensstandard zu verbessern. Leider seien diese Mittel nicht vorhanden. Er habe es immer vorgezogen, offen die Wahrheit zu sagen, und deshalb könne er auch jetzt offen, das nach seiner Auffassung der tiefste Punkt der Not des deutschen Volkes noch nicht erreicht sei. Auch die Arbeitnehmer müssten weitere Opfer bringen. Auch die anderen Stände kommen dabei noch dran. Und die meisten von ihnen sind ja auch in der Vergangenheit nicht geschont worden. Die Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse sei deshalb so außerordentlich schwierig, weil diese Verhältnisse selbst so schwanken.

Ein größerer Teil der gesamten Schwierigkeiten könne deshalb so schlecht überwunden werden, weil das Reich kein Notstandsrecht habe und nur mit dem Artikel 48 die Probleme lösen könne, die auch im Reichstag mit einfacher Mehrheit zu lösen gewesen wären. Alle tief einschneidenden Änderungen müssten jedoch mit Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag angenommen werden. Darüber könne sich die Reichsregierung nicht hinwegsetzen, wenn sie die Verfassung nicht brechen wolle. Vor diesem Verfassungsbruch sei die Regierung aber bisher zurückgeschreckt. So müsste vieles (Bereinsparung der Verwaltung, Regelung der Pensionsfrage für die Grobrentenäre) unterbleiben. Wenn der Reichstag nicht von sich aus mit Zweidrittel-Mehrheit jetzt eine andere Regelung beschließen würde, wären der Regierung nach wie vor, auch in dieser Frage die Hände gebunden.

Die Lohn- und Gehaltsfrage

Es sei ganz ausgeschlossen, dass er in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit und der Währungskrise mit staatlichen Mitteln allein die Löhne hochhalten könne. Selbstverständlich stehe er zu seinem Versprechen, das weder an den Grundrissen des Tarifvertrages noch an

der Anerkennung der Gewerkschaften gerüttelt werde. Es sei angesichts des furchtbaren Erstes der gegenwärtigen Lage aber dringend notwendig, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich selbstverantwortlich über die schwierigsten Fragen einigten.

Nach Stegerwald sprach Verbandsvorsitzer B. C. H. vom DSA. Er brachte zum Ausdruck, dass kein Führer des DSA und auch viele Mitglieder im Lande, die Stegerwald persönlich kennen, daran zweifeln, dass er seine ganze Kraft dafür einsetze, um in dem Strudel der Not nicht all das untergehen zu lassen, wofür die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen gekämpft. Er und viele andere mit ihm hätten eine ganz große Achtung vor den Männern in der Reichsregierung, die in schwierigster Zeit die Verantwortung über Wohl und Wehe des Volkes übernommen hätten. Sie zu stützen, sei das Gebot aller Einsichtigen.

Jakob Kaiser vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Köln, bat den Reichsarbeitsminister, mit Nachdruck dafür zu wirken, dass der Eindruck endlich überall vorherrschen könne, dass gerecht regiert werde, und dass die bestehenden Schichten keinerlei bevorzugte Schonung fänden.

Im Buch er hob lebhaft die Vorwürfe gegen die Bürokratie der verschiedenen Ministerien. Nach einmal nahm dann Stegerwald das Wort, und darauf hinzuweisen, dass es gegenwärtig einem einzelnen Lande nicht möglich sei, mit seinen Maßnahmen die Not zu überwinden. Wir seien tatsächlich auf Gedeih und Verderben mit anderen Ländern verbunden. Er betonte ausdrücklich, dass keine Regierung ganz gleich von welcher Partei sie gestützt oder von welchen Männern sie geführt werde, dem deutschen Volk das Bittere der Gegenwart ersparen könne. Eine andere Regierung stände genau so vor den schwierigsten Problemen. Und selbst wenn die Gewerkschaften die Regierungsgewalt allein ausüben hätten, würden sie ihren Mitgliedern schwere Belastungen nicht ersparen können. Der Besitz sei schon schärfstens herangezogen worden, die Einkommensteuer sei außerordentlich hoch. Er betone aber nochmals, dass sich manches Wünschenswerte ohne Verfassungsbruch nicht regeln lasse, und ob man ihm zuzunehmen wolle, die Verfassung zu brechen. Er habe als Minister auf die Verfassung einen Eid geleistet und habe keine Reue, diesen Eid ungerechtfertigt zu brechen. Das sei nicht nur eine Gewissensfrage, sondern auch eine Frage des Staatsgerichtshofes; er verpüre keine Luft als Schuldner vor dem Staatsgericht zu stehen. Mit der Mahnung an alle, das Vertrauen zur eigenen Kraft nicht zu verlieren, schloß Stegerwald seine Ausführungen.

Dann wurde die Berichterstattung der Geschäftsführung fortgesetzt. Geschäftsführer Erdmann berichtete über

Die Lohndifferenzen in der Textilindustrie

Der Verband Süddeutscher Textilarbeiter hat am 2. Oktober 1931 den Lohnarif für die badische Textilindustrie gekündigt. Gleichfalls wurde vom Arbeitgeber-Verband für die bayr. Provinz-Textilindustrie das Lohnabkommen für die Leonische Industrie zu Ende Oktober gekündigt. Damit haben sich die Möglichkeiten zu Tarifkündigungen bis auf das Textilgebiet Schlesiens erschöpft. Rund 800000 Textilarbeiter werden von den Tarifkündigungen genervt, und falls es nicht gelingt, die Tarifverträge wieder in Kraft zu setzen, ohne geordnete Lohnverhältnisse sein. Einen derartigen Zustand können weder die verantwortlichen Stellen im Reich, noch die Arbeitgeberverbände in der heutigen Zeit verantworten. Wir können nicht daran glauben, dass es Absicht der Arbeitgeberverbände sein soll, einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Diese Absicht kann aber auch nicht beim Reichsarbeitsministerium liegen, denn durch eine Notverordnung ist ja die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe der Bestellung von Sonderlichtern tarifvertragliche Zustände wieder herbeizuführen.

Der Anfang zur Fortführung geordneter Lohnverhältnisse ist durch einen Schiedsspruch für die Textilindustrie der Niederlausitz gemacht worden. Die Schlichtungskammer Rottbus fällt unter Vorsitz des Stadtrats Engelberg einen Schiedsspruch, nach dem die alten Tariflöhne bis zum 31. Dezember d. J. wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Schiedsspruch ist zwar noch nicht verbindlich erklärt, jedoch dürfte die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung durch den zuständigen Schlichter gegeben sein.

Derart große Gesamtschwierigkeiten, wie sie gegenwärtig in der Textilindustrie zu verzeichnen sind, lassen auch den Weg für eine vorübergehende Gesamtbeilegung der Streitigkeiten als gegeben erscheinen. Dieses Ziel wäre zu erreichen, wenn Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in gemeinschaftliche Beratungen zunächst zu einem Stillhaltungsabkommen in der Textilindustrie kommen würden. Dazu wäre selbstverständlich nötig, dass die jetzt gekündigten Lohnarife bis auf unbestimmte Zeit in Kraft gesetzt werden. Dann erst wäre Gelegenheit gegeben, über die weitere Ausgestaltung der Lohnarife zu wirklichen Branchentarifen Stellung zu nehmen.

Die Vertreter der drei Textilarbeiterverbände für Rheinland und Westfalen kamen am 8. Oktober in M. Glöckbach zusammen, um zu der gegenwärtigen lohnpolitischen Lage in der Textilindustrie Stellung zu nehmen. Als Ergebnis dieser Stellungnahme wurde folgendes Telegramm an die Reichsregierung, das Reichsarbeitsministerium und das preussische Handelsministerium gesandt:

An den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, Berlin.
Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, Berlin.
Herrn Preussischen Minister für Handel und Gewerbe, Berlin.

Die Textilunternehmer Rheinlands und Westfalens haben alle Lohnarife gekündigt. Die Not der Textilarbeiterchaft ist ungeheuerlich groß. Mehr als 50 Prozent verdienen infolge Kurzarbeit weniger als wie schon unzureichende Vorkriegslöhne.

Die Arbeiterchaft des Westens hat wie kein anderer Stand schwere Opfer während der Ruhrbefugung gebracht. Sie hat deshalb ein besonderes Recht, von der Reichs- und Landesregierung zu verlangen, dass dem Elend geendet wird und anstatt neuer Lohnsenkungen die Tariflöhne des Vorjahres wieder in Kraft gesetzt werden.

Zentralverband christl. Textilarbeiter:
gez. Weber, gez. Hecke.
Deutscher Textilarbeiterverband:
gez. Pöhlmann.
Gewerkverein der Textilarbeiter S. D.:
gez. Prinz.

Der gesunkene Tariflohn

Wenn man die Ergebnisse der Neubearbeitung der Tariflohnstatistik des Statistischen Reichsamtes für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis zum 1. Juli 1931 betrachtet, so zeigt sich in der Gesamtentwicklung ein weitgehend übereinstimmender Verlauf. Die Sätze für Facharbeiter und die für Hilfsarbeiter steigen im Jahre 1928 kräftig an. Im Jahre 1929, dessen erste Hälfte durch konjunkturelle Depression gekennzeichnet ist, verharren sie ohne nennenswerte Veränderung auf dem erreichten Stande. Im zweiten Drittel des folgenden Aufschwungjahres steigen sie wieder. Die Facharbeiter zeigen im Jahre 1928 einen Anstieg, der sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 zunehmend verlangsamt und im April 1930 bei allen Gruppen zum Stillstand kommt. Hierauf bleiben die Lohnsätze etwa ein halbes Jahr lang unverändert. Erst Ende 1930 kommt der durch den Dognhauser Schiedsspruch (Mai 1930) eingeleitete Lohnabbau in den Tariflohngruppen erstmalig zur Auswirkung. Die erste Jahreshälfte 1931 ist gekennzeichnet durch den Rückgang der Lohnsätze für alle Berufsarten. Am 1. April 1931 betrug dieser Rückgang gegenüber dem jeweiligen Höchststande der Vorjahreszeit im Durchschnitt aller Berufsarten 4,3 v. H., im Mai erreichte er 5,5 v. H., im Juni 5,6 v. H. und im Juli 1931 5,8 v. H. Die Einzelreihen zeigen in ihrem Verlauf natürlich gewisse Abweichungen, die sich jedoch in verhältnismäßig engen Grenzen halten. Die Facharbeiterlöhne sind im Laufe der letzten Jahre verhältnismäßig weniger gestiegen als die der anderen Arbeitergruppen. In sehr umfangreicher Weise veröffentlicht das jetzt erscheinende erste Septemberheft der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" die Entwicklung der Tariflöhne und Statistiken für 17 Gewerbe vom 1. Januar 1925 bis 1. Juli 1931. Natürlich bildet eine Statistik der Tariflöhne kein genaues Bild der Lohnentwicklung und der wirklich verdienten Löhne. Durch Kurzarbeit, Senkung der Akkorde und der Leistungsleistungen ist in vielen Fällen eine Senkung der Realverdienste weit unter dem Stande von 1928 eingetreten.

Organisationsfragen des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die organisatorische Entwicklung des DGB seit dem Herbst vorigen Jahres ist als gut zu bezeichnen. Die Zahl der Ortsauschüsse ist von 147 auf 185 angewachsen. Es bestehen heute 16 Bundesverbände, 10 Bezirksauschüsse, 185 Ortsauschüsse. Viele lebhafte Anwartsentwicklung zeigt neue hoffnungsvolle Ausschichten für die nächste Zukunft. Die kommenden sozialen Wahlen müssen und werden eine geschlossene, gut vorbereitete Einheitsfront der Gesamtorganisation vorfinden.

Den gegnerischen Machtbefehlungen können wir nur durch gute taktische Aufklärungsarbeit begegnen. Gutes Aufklärungsmaterial liefert dazu das "Nachrichtenblatt". Die planmäßige Arbeit unserer Landes- und Ortsauschüsse in Kundgebungen und gemeinsamen Versammlungen in den wichtigsten Wirtschaft- und Sozialfragen hat das Ansehen und die Weiterentwicklung unserer Gesamtbewegung außerordentlich gefördert. Durch die entschiedene und zielbewusste Stellungnahme der Spitzenorganisation in ihren Eingaben, Entschuldigungen, bei Verhandlungen mit der Regierung, den Parlamenten und Behörden gegenüber wurden die Interessen der angeschlossenen Berufsverbände und ihrer Mitglieder in bester Weise geschützt und vertreten. Diesem Zweck dienen auch die mehrfach von der Geschäftsleitung angeregten gemeinsamen Verbände- und Ortsauschüsse für einzelne Berufsverbände, die nicht nur zahlenmäßige Erfolge zeigten. Eine Konzentration der berufswertenden und berufsgleichen Verbände ist dringendes Erfordernis für eine gesunde Zukunft. Die juchende Wirtschaftskrise und die immer stärker sich zuspitzende Lage auf dem Arbeitsmarkt haben bis zum Ende des Jahres 1930 unsere Aufwartsentwicklung nicht aufhalten können. Unsere angeschlossenen Verbände haben noch

einen Mitgliederzuwachs von 3149 Mitgliedern zu verzeichnen.

Das Jahr 1931 wird den Zuwachs an Mitgliedern des Jahres 1930 freudig zum Teil wieder hinwegraffen. Eine genaue Uebersicht ist noch nicht möglich. Unser Tageszeitung "Der Deutsche" hat in den elf Jahren ihres Bestehens der Gesamtorganisation gute und wertvolle Dienste und Bildungsarbeit geleistet. Unsere christliche Bewegung wurde durch das eigene Presseorgan selbst über die Grenzen unseres Landes hinaus viel besser bekannt. Wir konnten unsere Ziele, unser Wirken und Wollen in ganz anderer Weise propagieren und nach draußen tragen als früher.

Gemeinames Zielstreben und freundschaftliche Zusammenarbeit der im DGB vereinten Arbeiterorganisationen ist für die nächste Zukunft das dringendste Gebot.

Unter Berücksichtigung aller Bestrebungen unserer Bewegung, in edelster und treuester kameradschaftlicher Pflichterfüllung wollen wir die kommenden schweren, sozialen Gefahren gemeinsam überwinden zum Wohle aller Arbeitnehmer.

Als Verhandlungsgegenstand für Vorträge und Aussprache des zweiten Konferenztages standen die Fragen des Siedlungswehens für Industrie und Land-

wirtschaft und der Reichs- und Verwaltungsreform zur Debatte. Der Vertreter des Reichsverbandes deutscher Guts- und Forstbesitzer, Rättringhaus, sprach zunächst über Ziele und Aufgaben der Siedlungsbewegung. Anschließend referierte der Vorsitzende des Reichsverbandes landwirtsch. Arbeitnehmer Behrens über die Siedlung des Landarbeiters. Ein Vortrag des Kollegen Fromm vom christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband über die nebenberufliche Siedlung des Industriearbeiters ergänzte die beiden vorangegangenen Referate. Die Ausschusstagung fasste ihren Standpunkt in folgender Entschlieung zusammen:

Entschlieung zur Siedlungsfrage.

Die schwere Wirtschaftskrise macht Millionen deutscher Volksgenossen arbeits- und erwerbslos. Es steht zu befürchten, dass ein erheblicher Teil dieser Arbeitslosen nicht wieder in den industriellen Produktionsprozess eingegliedert wird. Diesen Massen fehlt also nicht nur Arbeit und Brot, sondern jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ein wesentliches Mittel zur Behebung dieser Not kann eine stärkere Selbstbündelung zahlreicher deutscher Familien durch Landarbeit auf eigener Scholle werden. Das ist möglich durch Ansiedlung des bäuerlichen Nachwuchs und der landlichen Arbeitnehmer auf mittel- und kleinstädtischen sowie Handwerker- und Arbeiterstellen. Darüber hinaus muß durch großzügige Hilfsmittel von Reich, Ländern und Kommunen die Ansiedlung williger und geeigneter gewerblicher und industrieller Arbeitnehmer in haupt- und nebenberuflich bewirtschafteten Siedlerstellen ermöglicht werden.

Der deutsche Gewerkschaftsbund fordert mit größtem Nachdruck zur Erreichung dieses Zieles:

1. die Bereinigung der arbeitslosen Mittel,
2. Bereinigung der Justungen,
3. eine Wirtschafts- und Agrarpolitik, welche die bäuerliche Produktionsproduktion wieder rentabel gestaltet.

Eine eingehende Aussprache fand der folgende Vortrag des Kollegen Brost vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband über die Notwendigkeiten einer baldigen Reichs- und Verwaltungsreform. Vortrag und Aussprache hierzu klangen aus in einer dringenden Mahnung an die Reichsregierung, in anbezug der Dringlichkeit dieser Fange und unter Würdigung aller von den verschiedensten Seiten vorgelegten Vorschläge eine eigene Stellungnahme zu veröffentlichen und damit der öffentlichen Ausprache Richtung und Ziel zu geben. Besondere zu Einzelproben des gehaltenen Referates die Meinungen nicht bei allen Disantronsrednern gleich war, konnte doch ersichtlicherweise eine grundsätzliche Uebereinstimmung der Ausschusmitglieder zur Frage der Reichs- und Verwaltungsreform festgestellt werden. Nach Aussprache der erwähnten Entschlieung zur Siedlungsfrage schloß der Ausschuss Beratung über die Lösung mit dem ersten Appell, auch in der kommenden Zeit alle Kräfte einzusetzen für die Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterchaft, um das deutsche Volk bald aus dieser schweren Notzeit herauszuführen.

Änderungen in der Arbeitslosenversicherung

In Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf 20 Wochen und für berufsunfähig Arbeitslose auf 16 Wochen gekürzt worden. Diese Neuerung ist am 5. Oktober in Kraft getreten. Diejenigen Unterstützungsempfänger, deren Unterstützungsdauer die nunmehrige Höchstfrist von 20 bzw. 16 Wochen überschreitet, werden von Montag, dem 5. Oktober ab in der Krisenunterstützung überführt.

Ferner ist der Vorstand der Reichsanstalt nach der neuen Notverordnung vom 6. Oktober ermächtigt, anzuordnen, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen gemährt werden darf. Nach Lage der Verhältnisse wird der Vorstand von dieser Ermächtigung wohl häufig Gebrauch machen. Außerdem ist vorgeesehen, daß die Krisenunterstützung entsprechend der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung verlängert wird.

Der Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt, die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung zu kürzen, kommt nicht überraschend. Der wahrscheinliche Umfang der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter machte es notwendig, für eine Sicherstellung der Unterstützung zu sorgen. Eine Erhöhung der Beiträge war sowohl bei Arbeitgebern, als auch bei Arbeitnehmern nicht genehm. Einer Reduzierung der Unterstützungssätze auf die Höhe der Krisenunterstützung redeten die Arbeitgebervertreter das Wort. Dem widersetzten sich die Vertreter der Arbeitnehmer ganz entschieden. Sie erreichten mit der Stimme des Präsidenten, daß diese Forderung der Arbeitgeber zurückgewiesen werden konnte. So blieb nur noch die Möglichkeit, die Dauer der Unterstützung abzukürzen.

Durch diese Kürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung tritt im Grunde genommen nur eine Verschiebung in der Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosen ein. Bisher wurden die Arbeitslosen in der Versicherung 26 Wochen unterstützt, ist diese Unterstützungsdauer um 6 Wochen gekürzt worden. Für diese 6 Wochen tritt dann zusätzlich die Krisenunterstützung ein, d. h. wenn Bedürftigkeit vorliegt. Bekanntlich ist der Bezug der Krisenunterstützung an die Prüfung der Bedürftigkeit geknüpft. Falls jedoch bei dieser Bedürftigkeitsprüfung nicht allzu kleinlich vorgegangen wird, dürfte in der Hauptsache die Entlastung der Arbeitslosenversicherung durch die neuen Maßnahmen einer Verlagerung der Krisenunterstützung in fast demselben Ausmaße gleichkommen.

Wie die Dinge heute liegen, kann man die arbeitslosen Menschen nicht sich selbst überlassen. Ein Anrecht auf Fristung seiner Existenz hat jeder Mensch. Die fortwährenden Reformen und Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung haben die Leistungen derselben auf ein Minimum herabgedrückt, das ohne anderweitigen Ausgleich nicht mehr unterschritten werden kann. Die jetzt getroffenen Maßnahmen zeigen dies ganz klar. Die Zuschüsse, die man der Arbeitslosenversicherung nicht gibt, um ihr die Gewährung der bisherigen Leistungen zu ermöglichen, die muß man jetzt wohl oder übel der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge zur Verfügung stellen.

Wenn jetzt die Möglichkeit besteht, den Arbeitslosen ihre Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen zu geben, so könnte dies für die Versicherten von Vorteil sein, wenn damit versucht würde, diese Sachleistungen verbilligt abzugeben. Wird dies nicht gemacht, so setzen wir in dieser Maßnahme keinen Vorteil, weder für die Versicherten, noch für die Reichsanstalt. Der Reichsanstalt könnten durch die Maßnahmen sogar größere Unkosten entstehen, als auf der anderen Seite die Gewährung der Geldunterstützung. Die Praxis wird dies bald bestätigen.

Falls die getroffenen Neuerungen geeignet sind, die stark gefährdete Arbeitslosenversicherung über diese Krisenzeit hinwegzubringen, kann man sich mit denselben abfinden. Bemerkenswert bleibt trotzdem, daß die bisherigen Leistungen nicht aufrecht erhalten wurden. Wir glauben, daß bei allseitigem guten Willen diese Möglichkeit heraus gegeben war.

Katholische Arbeiter-Internationale

Am zweiten Kongreß der katholischen Arbeiter-Internationale der Anfang September in Utrecht (Niederlande) stattfand, haben etwa 20 Delegierte aus Belgien, Deutschland, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Spanien und der Schweiz teilgenommen. Organisations- und Besetzungsfragen waren verhandelt. Dem Kongreß wurde ein ausführlicher Bericht über die Lage der Arbeiterbewegungen in den verschiedenen Ländern unterbreitet. Weiter beschäftigte sich der Kongreß mit der Enzyklika: Quadragesimo anno, der Weltwirtschaftskrise und der internationalen Arbeiterbewegung. In den einzelnen Punkten wurden Entschlüsse angenommen.

Ueber die Stellung der katholischen Arbeiter-Internationale zur Weltwirtschaftskrise heißt es u. a.: Der Kommunismus trägt mit Wucht die Bestrebungen eines gewalttätigen und blutigen Umsturzes in alle Länder. Der Sozialismus ist sein Wegbereiter. Des Fortbestehens tiefergehender sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse in der vom Individualismus und Kapitalismus beherrschten Gesellschaft bildet den fruchtbarsten Nährboden berechtigter Unzufriedenheit und den Schrittmacher zur Revolution. Die auf bloßem Gewalt- und Machtstreben beruhenden volkswirtschaftlichen Systeme führen notwendigerweise zur sozialen und politischen Revolution.

Zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise und Schaffung der für eine gedeihliche wirtschaftliche und sozialpolitische Zusammenarbeit der Völker erforderlichen Voraussetzungen fordert der Kongreß den Ausbau der zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit und völkerrechtlicher Einrichtungen, die militärische Abrüstung im Sinne der Enzyklika Papst Benedikt XV. vom 1. April 1919, gemeinsame Maßnahmen zur Erleichterung und Förderung des internationalen Güterausverkehrs, die entgeltliche Regelung der Kriegsschuldenfrage, eine wirkungsvolle finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Boden der Solidarität, Gleichberechtigung und Gleichachtung der Völker, die Festlegung einer internationalen Sozialpolitik zur Ausgestaltung des Arbeitsrechts und Förderung des sozialen Fortschritts auf dem Boden der internationalen Arbeiterorganisation.

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Die neue Notverordnung, die in weitem Umfange Voraussetzung für ein Wirtschaftsprogramm ist, das in den nächsten Wochen mit maßgebenden Führern der Wirtschaft beraten werden soll, enthält in ihrem ersten Teil die Hilfsmassnahmen, die durch die gesteigerten Lasten der

Wohlfahrtsfürsorge

erforderlich geworden sind.

Für den kommenden Winter werden, wie bereits bekanntgegeben, den Gemeinden 250 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, von denen 150 Millionen schließendlich verteilt und 50 Millionen an besonders nothleidende Gemeinden im Einzelfalle gegeben werden. Bürgersteuer und Getränkesteuer sollen weiterhin erhoben werden und die auf den Wohnungsbau entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwandt werden können. Der Sonderbetrag von 375 Millionen Mark aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Ueberweisungssteuern soll, wie bisher, verteilt werden. Bei der

Arbeitslosenversicherung

werden gewisse Härten beseitigt. Lohnsenkungen der letzten Zeit z. B. werden sich nicht sofort in vollem Umfange auf die Höhe der Unterstützungen auswirken, die bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden können. Bei einem regelmäßigen Wechsel von Belegschaften kann den zeitweise ausgesetzten Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, wenn auch nicht in voller Höhe. Änderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgeesehen. Für die Krisenunterstützung wird die Reichsregierung Mittel bereitstellen.

Zur Umschuldung der Länder und Gemeinden wird eine Umschuldungsstelle eingeführt, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt und im Wege freierwilliger Vereinbarung, gegebenenfalls unter Vermittlung des Reichs, die Tilgung der Schuld entweder durch Ratenzahlungen oder durch Ausgabe von Obligationen vornimmt. Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre je dem Hauszinssteuerauskommen ein jährlich je 12 Prozent zur Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen erbringen sollen. Ferner ist die Möglichkeit gege-

ben, daß sich Auslandsgläubiger an dem Umschuldungsverfahren beteiligen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand

werden insofern eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten für Verwaltungsgebäude unterbleiben, die Pensionen beim Erreichen der Altersgrenze von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt und ferner die Höchstpensionen und die der Doppelverdiener gekürzt werden.

Die Senkung der Hauszinssteuer beträgt 20 Prozent. Die Notverordnung befreit sich weiter eingehend mit der planmäßigen Anstellung arbeitsloser Landarbeiter und mit der Anstellung geeigneter Erwerbsloser in den Randgebieten größerer Städte. Aus den Bestimmungen über die Spar- und Girokassen ist die Umgestaltung der Sparkassen in selbständige Rechtspersonlichkeiten hervorgehoben. In Zukunft müssen mindestens 30 v. H. der Spareinlagen und 50 v. H. der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 v. H. der Spareinlagen beschränkt, und dem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zu 20 000 Mark gemährt werden.

Die Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichteter Form sollen der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage erleichtern. Dienstverträge mit leitenden Angestellten, deren Jahresbezüge 15 000 Mark überschreiten, können vom Arbeitgeber gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Ein weiterer Teil der Notverordnung befaßt sich mit der Bereitstellung von Garantien zur

Förderung der deutschen Wirtschaft

bis zum Betrag von 30 Millionen Mark, die dazu dienen sollen, den Versicherungsschutz des inländischen Warenkredits zu erhalten. Das Reich tritt damit lediglich in den Kreis der Rückversicherer mit deren üblichen Rechten und Pflichten ein. Darüber hinaus wird der Finanzminister ermächtigt, zur Stützung der Wirtschaft bis zu 3 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und bis zu 2 Millionen Mark durch Kredite zu beschaffen.

Ferner bestimmt die Notverordnung, daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Bilanzprüfer unterzogen werden.

Not in Textilarbeiterfamilien!

Aus Kolbermoor wird uns geschrieben:

Das Bestreben der Industrie geht dahin, die Herstellungskosten der Produktion so niedrig wie möglich zu gestalten. Die Arbeitszeit muß ausgenutzt werden, die Löhne wurden abgebaut. Auf den Menschen jedoch, der die Maschine zu bedienen hat, wird nicht die geringste Rücksicht genommen. Ueberall tritt die Mehrbelastung, die größere Verantwortung der Menschen stärkstens in Erscheinung. Daraus ist aber erkennlich, daß zugleich an die körperliche Gesundheit, an die Nerven der Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber früher weit größere Anforderungen gestellt werden. Das hat einen schnellen Verbrauch der Menschen im Gefolge. Dem Arbeiter oder der Arbeiterin wird rücksichtslos die Bedienung von mehr Maschinen aufgezwingen. Straußen sich nun die Arbeiter und Arbeiterinnen, diese Maschinen mit dem verlangten Arbeitstempo zu bedienen, dann verlieren sie ihren Arbeitsplatz. Das wollen sie natürlich nicht, denn wo auch heute unterkommen? Also bleiben sie und bedienen die Maschinen; ob es geht oder nicht.

In der Textilindustrie ist ein bis ins kleinste ausgeklügeltes Akkordsystem vorherrschend.

Der Akkordlohn ist festgesetzt. Der Tariflohn muß erzielt werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die den Tariflohn nicht erreichen, gehen eben als minderleistungsfähig oder sie wollen angeblich nicht arbeiten, oder es heißt gar, sie halten absichtlich zurück. Um dem zu entgegen, wird darauflos geschuftet. Das letzte muß die Arbeiterschaft aus sich herausholen. Daran ändert in den meisten Fällen auch das Eingreifen der gesetzlichen Betriebsvertretung nichts.

Die Bedienung der heutigen komplizierten und schneller produzierenden Maschinen erfordert wohl weniger Menschen, sie reißt den Menschen aber desto eher auf. Das ist der Fluch der Rationalisierung! Das kann und darf nicht Zweck des technischen Fortschritts sein, daß er die Menschen körperlich und geistig schädigt.

Nur dazu benötigt, viele Menschen arbeitslos zu machen und ihrem Schicksal zu überlassen, wird die Rationalisierung statt zum Segen zum Unglück für die betroffene Menschheit.

Aber auch die Einkünfte des Arbeiters haben unerträglich starke Einschränkungen erfahren. Eine Verschlechterung des Arbeiter Einkommens hat die bestehende Wirtschaftskrise ohne weiteres mit sich gebracht. Die in guter Konjunktur zugehenden Vergünstigungen bestehen schon längst nicht mehr. Aufserordentlich wurde der Lohn ganz besonders in der Textilindustrie weit mehr abgebaut, als es durch die Schlichtungsinstanzen geschah. In diesen Betrieben wurde ein Lohnabbau bis zu 33 Prozent und mehr durchgeführt. Die besonders in der Textilindustrie fast überall eingeführte Kurzarbeit hat der Arbeiterschaft ganz empfindliche Einbußen gebracht.

So verdient z. B. ein Hilfsarbeiter in der Baumwollspinnerei, der Frau und zwei Kinder zu ernähren hat, bei vier Tagen Arbeit pro Woche = 34 x 59,5 Pf. = 20,23 R. Bruttoverdienst, davon kommen 2,92 R. Sozialbeiträge in Abzug. Es hat ihm noch 19,31 verbleiben, wovon vier Personen leben müssen.

Das ist mit knapper Not der herabgesetzte Richtsatz der allgemeinen F ü r s o r g e. Die Verdienste der Akkord-

arbeiter der Textilbranche sind vielfach höchstens um 10 bis 20 Prozent höher. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen kommen bei der Kurzarbeit höchstens auf 8 bis 11 R. pro Woche Akkordverdienst. Die Unterstützungssätze bei der Arbeitslosenversicherung sind auch stark gekürzt. Für Jugendliche unter 21 Jahren wird die Unterstützung nur mehr in äußersten Fällen nach Bedürftigkeit gewährt. Ebenso sind auch die Wohlfahrtsunterstützungen herabgesetzt worden. Angesichts solcher Einkommensherabzüge kann wohl behauptet werden, daß die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung schwer um ihre Lebensgrundlage ringt. Die Armut ist in weiten Arbeiterfamilien in ständigem Wachstum begriffen. In vielen Arbeiterfamilien herrscht jetzt schon größte Not durch jahrelanger Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit.

In Kolbermoor wird es kaum mehr eine Arbeiterfamilie geben, die nicht schon davon betroffen wurde. Daß dadurch auch das Handwerk und die ganze Geschäftswelt äußerst schwer darunter zu leiden haben, ist unbestritten. Denn bei solch niedrigem Einkommen kann sich niemand mehr ein Uebriges leisten, reicht es ja kaum mehr zum Essen. Die Arbeiterschaft ist in Not! Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich.

Ein demagogisches Glanzstück

des A.G.O.-Vertreters und Arbeiterratsvorsitzenden der Firma J. P. B e m b e r g & C.

Im Saal des christlichen Gewerkschaftshauses in Barmen tagte am Sonntag, dem 27. September 1931, eine Delegiertenversammlung der Firma J. P. B e m b e r g & C. Nach einem Referat des Arbeiterratsvorsitzenden und A.G.O.-Anhängers Brinkmann, das von Angriffen gegen die Gewerkschaften und gegen die christlichen und freien Arbeiterratsmitglieder strökte, sog die Versammlung auf. Es war ein Antrag gestellt worden, einen Vertreter der A.G.O. in der Versammlung sprechen zu lassen und die Versammlung zu einer „öffentlichen“ Textilarbeiterversammlung zu machen. Die Abstimmung ergab, daß sich 31 Stimmen für die Hinzuziehung des Vertreters der A.G.O. ausgesprochen und 67 dagegen. Hier entpuppte sich nun Brinkmann als der hervorragende Demagoge. Er sagte nämlich wortlich: Mit überwiegender Mehrheit hat die Versammlung sich für die Zulassung des Vertreters der A.G.O. ausgesprochen. Das war ein starkes unverschämtes Demagogiestück, das war die Ausgeburt einer Unwahrhaftigkeit, die wohl vergeblich ihresgleichen sucht. Der Widerspruch blieb nicht aus, und so fand diese Versammlung ihren unrühmlichen Abschluß.

In einem anderen Saal des Hauses setzten dann die christlichen und freien Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern die Beratungen fort. Im großen Saal saßen dann 25 Anhänger der A.G.O. — nicht einmal diejenigen, die mit für die Zulassung des Vertreters der A.G.O. stimmten, blieben im Saal —. Dort wurden wohl dann die großen „arbeiterfreundlichen“ moskowitzschen Ziele als wichtige „Waffenforderung“ beraten, um dann mit nicht zu überbietendem Geschrei in der „Freiheit“ einen „großen Sieg“ der A.G.O. zu feiern.

Wir stellen nur noch fest: die Belegschaft der Firma J. P. B e m b e r g & C. hat sich bei der letzten Betriebsratswahl durch die Versprechungen der A.G.O. einfangen lassen.

In Versprechungen sind die SPD- und KPD-Beute groß und in Taten ach so klein. Bembergbelegschaft, zieh' daraus die Lehren!

Die Belegschaftsversammlung nahm folgende Entschliebung an:

Die am 27. September 1931 im Saale der christlichen Gewerkschaften in W. Barmen versammelten Belegschaftsmitglieder der Firma J. P. Bemberg A.-G., weisen mit aller Entschiedenheit und Entrüstung die demagogischen Machenschaften der revolutionären Gewerkschaftsopposition zurück.

Sie verurteilt von den Gewerkschaftsrichtungen durchgreifende Maßnahmen zur Wahrung ihrer Arbeiter- und betrieblichen Interessen. Weiter fordern sie die noch nicht organisierten Belegschaftsmitglieder dringend auf, sich sofort den Textilarbeiterorganisationen anzuschließen.

Geschäftsstellenkonferenz des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Wuppertal-Barmen.

Am 26. September tagte im Saale der christlichen Gewerkschaften in W. Barmen die Geschäftsstellenkonferenz des Bezirks. Geschäftsleiter Kollege Alföld begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen.

Kollege Weber referierte dann über die Maßnahmen, die das Unternehmertum auf lohnpolitischem Gebiete plant. Der Redner führte u. a. aus: Die Arbeitgeberorganisationen haben die Tarifverträge für zwei Drittel der gesamten Textilarbeiter im Reich gekündigt.

Durch eine Reihe von Beispielen wies der Redner nach, wie die Arbeitgeber sich dies denken. Ein besonderes Wort fand der Referent für die Betriebsratsmitglieder und die Wünsche, die die Arbeitgeber an diese stellen.

Das Schlichtungswesen ist den Arbeitgebern immer ein Dorn im Auge gewesen. Heute fordern sie unermüdet Aufhebung der Verbindlichkeitsmöglichkeit für Schlichtung. Sie gehen sogar soweit und wollen die Aufhebung der Verbindlichkeitsmöglichkeit von Schlichtungen erzwingen.

Zum Schluß behandelte der Redner kurz die Organisationsfrage der Textilarbeiter. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurden in der Diskussion lebhaft erörtert. Bezüglich einer Barmen Firma wurde besonders hervorgehoben, daß sie sich an arbeitsrechtliche Dinge einfach nicht hält, sondern in ihrem Betriebe diktiert.

Geschäftsführer Kollege Alföld sprach dann über die Lage in den einzelnen Branchen der Textilindustrie. In der Kunstlederindustrie sind größere Entlassungen in den letzten Wochen vorgenommen worden. Die Möbelindustrie leidet unter Kurzarbeit. Gleichfalls auch in der Wäsche- und Gummibandbranche ist die Kurzarbeit sehr häufig.

Ueber die Aktivierung der Mitglieder und der Bewegung machte Geschäftsführer Kollege Bröckes wichtige Bemerkungen.

Ueber die Aktivierung der Mitglieder und der Bewegung machte Geschäftsführer Kollege Bröckes wichtige Bemerkungen. Er erläuterte, wies er auf Grund eines reichhaltigen Materials nach, wie notwendig es jetzt für die Arbeiterklasse ist, solche Organisationen zu haben.

Genau so schärft wandte sich der Redner gegen die Machenschaften der sogenannten Wirtschaftsführer, gegen die Beschämung des sozialen Gedankens. Wir haben alle Verantwortung, was mit aller Entschiedenheit gegen deren Anmaßungen zu werden. Hier hilft nur eines, nämlich praktische Selbsthilfe der Arbeiterklasse.

den müssen, wurde erläuternd hingewiesen. Im Ringen der Zeit wollen wir alles daran setzen, unsern Zentralverband christlicher Textilarbeiter zu stärken.

Nach der getätigten Wahl des Geschäftsstellenbeirats schloß Kollege Alföld die sehr gut verlaufene Konferenz mit einem herzlichen Dankeswort an alle Teilnehmer. Dann erklärte das Lied als Treuschwur: Und wenn wir marschieren ...

Aus der Jugendbewegung

Jubiläum, Jubiläumsfeier und Wimpelweihe der weiblichen Jugendgruppe.

Zu einer eindrucksvollen Veranstaltung gestaltete sich unsere Jubiläumsfeier am 26. September. Schon vor Beginn der Veranstaltung war das Festlokal, der Saal des Verpositiv-Wirtschafts bis auf den letzten Platz gefüllt, und besonders zahlreiche jüngere Mitglieder nahmen an der Veranstaltung teil.

Die männliche Jugendgruppe der Ortsgruppe Borchhorst unternahm am 6. September eine Tageswanderung durch die Borchhorst-Höhe über Herz und Hedenhaus, Reichenkirchen-Park, Frey am Morgen, nachdem der Sonntagspfad genügt, zogen 25 jugendliche Kollegen unter Song und Klang froher Wanderlieder durch die hübsche Seide ihrem Wanderziel entgegen.

Borchhorst

Die männliche Jugendgruppe der Ortsgruppe Borchhorst unternahm am 6. September eine Tageswanderung durch die Borchhorst-Höhe über Herz und Hedenhaus, Reichenkirchen-Park, Frey am Morgen, nachdem der Sonntagspfad genügt, zogen 25 jugendliche Kollegen unter Song und Klang froher Wanderlieder durch die hübsche Seide ihrem Wanderziel entgegen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Angeregt. Die Stellungnahme der Augsburger Textilarbeiter zur gegenwärtigen Lage. Die Ortsgruppe hielt am 29. August im Saale des kath. Kinos in Augsburg eine Mitgliederversammlung ab. Sehr eindrucksvoll war der trotz zahlreicher anderer Veranstaltungen außerordentlich gute Besuch, hatten sich doch rund 400 Mitglieder der Ortsgruppe...

schlechterung im Gefolge gehabt hätten. Die ganze Textilarbeiterklasse müsse sich daher energisch gegen alle Verschlechterungen zur Wehr setzen. Der Kampf gelte besonders der Beibehaltung der Löhne und der Beibehaltung der Umwandbarkeit des Tarifvertrages.

Die Ausführungen, die sehr beifällige Aufnahme und Zustimmung seitens der Versammlung fanden, wurden noch durch Geschäftsführer Kollege Rothfahl an Hand praktischer Beispiele aus der letzten Zeit wirkungsvoll ergänzt.

Kaiserslautern. Unser Verband hatte am 13. September zu einer Konferenz geladen. Dieselbe fand in der Wirtschaft zur „Fröhlichen Pfalz“ statt. Aus dem Bericht der Delegierten konnte man die überaus traurige Lage der Textilarbeiter erfahren.

Warendorf. Unserm Kassierer, dem Kollegen Georg Kemner, zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glück- und Segenswünsche! Wenn wir es nicht unterlassen, auch an dieser Stelle einen besonderen Glückwunsch auszusprechen, so ist es eine Dankeschuld für die gewerkschaftlichen Arbeiten, die er im Laufe von 25 Jahren für die Gewerkschaftsbewegung und somit auch für die gesamte christliche Arbeiterklasse geleistet hat.

Veranstaltungskalender

Cottbus. Sonnabend, den 24. Oktober, abends 7.30 Uhr Versammlung bei H. Bierckeljahresabschlussrechnung und Abrechnung vom Stiftungsfest. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. D. Seidel.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Ausschüttung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Lohnindizes in der Textilindustrie. Der gemeinsame Tariflohn. Wanderungen in der Arbeitslosenversicherung. Katholische Arbeiter-Internationale. Der Inhalt der neuen Notverordnung. Not in Textilarbeiterfamilien. Ein demagogisches Glanzstück. Geschäftsstellenkonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Wuppertal-Barmen. Aus der Jugendbewegung. Berichte aus den Ortsgruppen. Veranstaltungskalender. Inferna.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Morarte 7.

Advertisement for 'Der Deutsche' newspaper, featuring a swan logo and text: 'Zu herabgesetzten Preisen! Billige köstliche Kaffeedorn'. It lists various subscription rates and contact information for Rudolf Gladt.

Advertisement for 'Sächsische Bettfedern' (Saxony Bedding) from Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 108. It describes the quality of the bedding and provides contact details.